

INHALT:

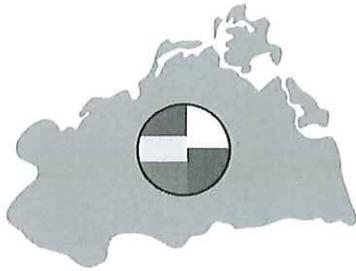
Stellungnahme

des Landkreistages
Mecklenburg-Vorpommern

zur

öffentlichen Anhörung der Enquete-Kommission
„Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“
am 4. November 2022

zum ersten Themencluster
„Gesellschaftliche Beteiligung junger Menschen“
hierzu: K Drs. 8/9



Landkreistag Mecklenburg-Vorpommern

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied

Landkreistag Mecklenburg-Vorpommern, Bertha-von-Suttner-Str. 5, 19061 Schwerin

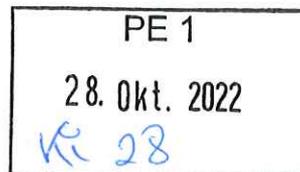
Landtag Mecklenburg-Vorpommern
8. Wahlperiode
Enquete-Kommission
„Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“
- Der Vorsitzende -
Lennéstraße 1

19053 Schwerin

Haus der Kommunalen Selbstverwaltung
Bertha-von-Suttner –Straße 5
19061 Schwerin

Ihr Ansprechpartner:
Matthias Köpp
Telefon: (03 85) 30 31-300
E-Mail:
matthias.koepp@landkreistag-mv.de

Unser Zeichen: 431; 070.00-Kö/Be
Schwerin, den 28. Oktober 2022



Stellungnahme des Landkreistages zur Öffentlichen Anhörung zum ersten Themenkomplex "Gesellschaftliche Beteiligung junger Menschen"

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Winter,

wir bedanken uns für die Einladung, an der öffentlichen Anhörung der Enquete-Kommission „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“ zum ersten Themenkomplex „Gesellschaftliche Beteiligung junger Menschen“ teilnehmen zu dürfen. Wir geben diese Stellungnahme unter dem ausdrücklichen Gremienvorbehalt ab, da eine Beteiligung angesichts der Fristsetzung nicht möglich war. Ein Teil der Fragen bezieht sich auf Aufgabenbereiche, die nicht in Zuständigkeit der Landkreise liegen. Daher beziehen wir uns nachfolgend auf die landkreisrelevanten Themen.

I. Allgemeines/Qualitätskriterien/Maßnahmen

Voranzustellen ist, dass es bislang noch **keine Verbandsposition des Landkreistages Mecklenburg-Vorpommern zur Jugendbeteiligung** gibt. Selbst auf Arbeitsebene stand die Thematik Jugendbeteiligung bspw. in der Arbeitsgemeinschaft der Jugendamtsleiter/innen nicht im Fokus. Der Deutsche Landkreistag widmet sich in seinem Heft „Der Landkreis“ zum Jahresbeginn 2023 speziell der Jugendpolitik. **Die Ausgabe würden wir Ihnen bei Vorlage gern zur Verfügung stellen.**

Zudem hat es unter Vorsitz von Frau Schwesig, seinerzeit als Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und unter dem Ko-Vorsitz von Herrn Beigeordneten Jörg Freese, Deutscher Landkreistag, in der vorvergangenen Wahlperiode auf Bundesebene eine AG gegeben, die sich im Rahmen der Demografiestrategie der Bundesregierung auch mit Beteiligungsformaten im ländlichen Raum befasst hat. Als Modellregion hat damals der Landkreis Vorpommern-Rügen mitgewirkt. Die Ergebnisse sind unter dem nachfolgenden Link abrufbar:

<https://www.demografieportal.de/DE/Politik/Bund/Dialogprozess/Arbeitsgruppen/Jugend/Jugend-Gestaltet-Zukunft.html>.

Zu betonen ist demnach, „dass zum gelingenden Aufwachsen in ländlichen Regionen für junge Menschen folgende neun Handlungsfelder hohe Relevanz entfalten:

- *Zusammenhalt: Familie und Generationendialog fördern,*
- *Strukturen: Daseinsvorsorge und Angebote der Jugendarbeit stärken,*
- *Erreichbarkeit: Mobilität, Breitband-Internet und Mobilfunknetz ausbauen,*
- *Jugendbilder: Darstellung und Wahrnehmung der Vielfalt junger Menschen fördern,*
- *Mitwirkung: Jugendpartizipation und Engagement unterstützen,*
- *Bildung: Kompetenzen vermitteln, Chancen eröffnen,*
- *Arbeitswelt: Ausbildungs- und Berufsmöglichkeiten schaffen,*
- *Integration: Teilhabe nach Zuwanderung ermöglichen,*
- *Vielfalt: Wertschätzung und Toleranz erhöhen ...“.¹*

Der Landkreis Vorpommern-Rügen schreibt auf seinem Internetauftritt hierzu weiter:

„Der `Jugend-Demografie-Dialog`

Im vergangenen Jahr haben sich 120 Schüler/innen des Landkreises Vorpommern-Rügen in Zusammenarbeit mit der Leuphana Universität Lüneburg, unter der Leitung von Herrn Prof. Dr. Waldemar Stange mit dem demografischen Wandel beschäftigt. Die Herausforderungen, vor allem im Hinblick auf Schule und Bildung, Freizeit und Sport, Mobilität und Breitband auf den Prüfstand gestellt und Lösungen und Handlungsbedarfe festgelegt.

Die Zusammenarbeit mit den Jugendlichen des Landkreises Vorpommern-Rügen begann im Juli 2016 mit fünf sogenannten Demografieworkstätten an verschiedenen regionalen Standorten mit 120 Schüler/innen der Städte und Gemeinden: Stralsund, Grimmen, Ribnitz-Damgarten, Reinberg, Prohn, Niepars, Barth, Franzburg, Zingst, Altenkirchen, Binz, Bergen und Sassnitz.

Hier wurde in einem ersten Schritt über das Thema „Demografischer Wandel“ informiert und in einem zweiten Schritt erarbeiteten die jugendlichen Teilnehmer/innen Handlungsansätze und Lösungsvorschläge für ihre Region. Nach einem anschließenden Vernetzungstreffen im September 2016 mit rund 40 Schülern sämtlicher Schulen und Schulformen des Landkreises wurde die weitere Zusammenarbeit mit den Jugendlichen online fortgeführt. Eigens hierfür wurde ein Online-Tool seitens der Universität Lüneburg entwickelt, wodurch die Jugendlichen im ständigen kommunikativen Austausch blieben. Dieses Online-Tool wurde im Auftrag des „Jugend-Demografie-Dialoges“ speziell für Beteiligungsprozesse in ländlichen Regionen als Ergänzung zu Vor-Ort-Veranstaltungen entwickelt (Kombination aus on- und offline-Beteiligung).

Das Ergebnis ist ein riesiger Datenpool mit Ideen und Vorschlägen der Jugendlichen zur Veränderung und Anpassung der Gegebenheiten im Landkreis Vorpommern-Rügen zur Abwendung der Folgen des demografischen Wandels. Die TOP 10-Themen:

- 1. Einkommen von Arbeitnehmer/innen verbessern*
- 2. Mehr Studienmöglichkeiten im Landkreis*
- 3. Mehr Busse einsetzen und Fahrpläne ausweiten*
- 4. Mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen*

¹ Bund-Länder-Demografieportal; Ergebnisbericht

5. *Jugendrat im Landtag*
6. *ÖPNV-Tarife günstiger gestalten*
7. *Die Region beleben*
8. *Bessere Internetanbindung*
9. *Hilfe für Ehrenamtliche (medizinisch und psychisch)*
10. *Arbeitsmarkt für Migranten öffnen* ²

Wir empfehlen, die Verantwortlichen im Landkreis Vorpommern hinsichtlich ihrer Erfahrungen zu konsultieren. Sicherlich ist auch der **Landesjugendhilfeausschuss**, in dem der Landkreistag aktiv vertreten ist, ein geeignetes Gremium, um diese Prozesse im Land weiter voranzubringen.

Auch vor dem Hintergrund, dass junge Menschen wichtige Impulse geben und für ihre Wünsche und Interessen eintreten, begrüßt der Landkreistag Mecklenburg-Vorpommern bspw. die im Land Mecklenburg-Vorpommern beabsichtigte Absenkung des aktiven Wahlrechts für Landtagswahlen auf 16 Jahre. Der Geschäftsstelle des Landkreistages wurde aus der Mitgliedschaft gespiegelt, dass sich das Wahlrecht für Jugendliche ab 16 Jahren bei den Kommunalwahlen bereits seit mehr als 20 Jahren bewährt hat. Von daher war dieser Schritt auch auf Landesebene längst überfällig. Es seien keine Anhaltspunkte dafür vorhanden, dass bei Landtagswahlen eine abweichende Regelung erforderlich sei. **Der Landkreistag begrüßt daher die Absenkung des Wahlalters** - zumal damit ein Gleichklang zwischen Kommunal- und Landtagswahlen hergestellt wird, der uns sachgerecht erscheint.

Aufgrund der Corona-Epidemie haben Menschen in Mecklenburg-Vorpommern ihre Arbeit verloren. Insbesondere war die Zahl der Empfänger von Arbeitslosengeld I im Zeitraum vom Mai bis August 2020 um 18 bis 25 Prozent höher als in den entsprechenden Vorjahresmonaten. Noch höher waren die Anstiege bei der **Jugendarbeitslosigkeit** im Vergleich zum Jahr 2019. Sie lagen um 26 bis 34 Prozent über den Vorjahreswerten. Ein entsprechender Anstieg droht auch bei dem anschließenden sozialen Auffangnetz, im Bereich der sog. Hartz-IV-Leistungen.

Der Bund hat dafür gesorgt, dass die Folgekosten dafür über eine erhöhte Bundesbeteiligung von 25 % an den Unterkunfts- und Heizkosten zumindest abgemildert werden. Die oben genannte Entwicklung bei den Arbeitslosen zeigt aber auch, dass diese Entlastung dringend gebraucht wird.

Zusätzlich muss alles getan werden, damit die arbeitslosen Menschen gar nicht erst in das Hartz-IV-System und damit in die Langzeitarbeitslosigkeit abrutschen. Dies gilt insbesondere für Jugendliche. Daher schlagen die Landkreise vor, **jedem Jugendlichen, der nach Verlassen der Schule für längere Zeit erfolglos eine Ausbildung sucht, eine Ausbildungsstelle zu garantieren**. Wenn dies in der Wirtschaft nicht gewährleistet werden kann, dann muss ein entsprechendes Angebot im öffentlichen Dienst bei Land oder Kommunen bereitgestellt werden.

Gerade auch in der Jugend- und Auszubildendenvertretung gemäß Betriebsverfassungsgesetz lernen junge Menschen im Rahmen der Ausbildung, für Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte einzutreten.

² Internetauftritt des Landkreises Vorpommern-Rügen; Stichwort Jugend gestaltet Zukunft

Beteiligungsformate in ländlichen Räumen und speziell in Flächenlandkreisen sind zweifelsohne auch abhängig von Ressourcen. Die Landkreise sind bekanntermaßen finanziell am Limit und daher hierbei auf die Unterstützung des Landes angewiesen. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass noch unbekannt ist, wie letztlich der **Landesjugendplan der Landesregierung auch finanziell untersetzt sein wird. Das landesfinanzierte Landesjugendamt, dessen Aufgaben den Landkreisen und kreisfreien Städten übertragen wurden, ist seit Jahren unterfinanziert.**

Gelingende Kinder- und Jugendbeteiligung in Flächenlandkreisen muss auf verlässlichen Strukturen mit verlässlichen, langfristig ausgerichteten Finanzierungsmechanismen basieren. Hierzu bedarf es in den Flächenlandkreisen insbesondere auch einer starken Bündelungsfunktion, die personell untersetzt sein muss.

Erfolgsversprechende Ansätze haben wir eingangs mit dem Modellprojekt des Bundes zur **Demografiestrategie** aufgezeigt. Die Erfahrungen des Landkreises Vorpommern-Rügen sollten in jedem Fall zu Rate gezogen werden, da Synergieeffekte herausgearbeitet werden könnten.

II. Beteiligung und Inklusion

22. Welche Möglichkeiten gibt es für junge Menschen mit geistigen/ seelischen/ körperlichen Behinderungen, sich in gesellschaftliche Prozesse (Diskurse, (jugend-) politische Entscheidungen etc.) einzubringen?
23. Welche Möglichkeiten des bürgerschaftlichen Engagements gibt es in Mecklenburg-Vorpommern für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen?

Alle jungen Menschen können sich in Mecklenburg-Vorpommern in den allgemeinen Beteiligungsprozessen bspw. über den Landesjugendring und die schulischen Gremien einbringen. Es gibt keine expliziten Gremien, die lediglich auf die Beteiligung von jungen Menschen mit Behinderung spezialisiert sind. Eine Teilhabe an den Beteiligungsstrukturen, die allen jungen Menschen zur Verfügung stehen, würde aber ohnehin dem Inklusionsgedanken besser entsprechen als separate Beteiligungsstrukturen. Es wäre aber eine Überlegung, diesen Personenkreis für die Einbringung in gesellschaftliche Beteiligungsdiskurse zu stärken. Hierzu könnten Gespräche mit dem Inklusionsförderrat und den Selbsthilfeverbänden geführt werden.

24. Welche Zugangswege braucht es, um Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen eine bessere gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen?

Die Zugangswege für Kinder und Jugendliche sollten in allen Bereichen barrierefrei und niedrigschwellig sein. Ein früher Zugang zu demokratischen Prozessen in Kitas und Schule, aber auch durch Selbsthilfegruppen ist immens wichtig. Politische Bildung und das Darlegen der Möglichkeiten, die sich durch die Beteiligung an politischen Diskursen eröffnen, müssen frühzeitig erfolgen. Als Beispiel sollte hier genannt werden, dass alle Veröffentlichungen, die in gesellschaftlichen Beteiligungsprozessen erfolgen, auch als Audiodatei oder in Brailleschrift zur Verfügung gestellt werden.

Parallel muss eine grundsätzliche Änderung des Denkens erfolgen: Von der Teilhabe zur wirklichen Inklusion. Kinder und Jugendliche mit Behinderung sollten in allen Lebensbereichen inkludiert werden.

25. Inwiefern können digitale Beteiligungsformate Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen die Teilhabe erleichtern?

Digitale Beteiligungsformate sind in jedem Fall verstärkt einzusetzen. Sie bieten Kindern und Jugendlichen die notwendige Unterstützung, um sich an gesellschaftlichen Prozessen beteiligen zu können.

26. Wie kann ein inklusiver Zugang zu Beteiligungsmöglichkeiten gewährleistet werden?

Es sollten die UN-Behindertenrechtskonvention, der Maßnahmeplan 2.0 der Landesregierung M-V zur Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, das Barrierefreiheitsstärkungsgesetz und der Index für Inklusion als Maßstab bei allem politischen Handeln zur Beteiligung junger Menschen mit Behinderung herangezogen werden. Gleichzeitig sollten die Selbsthilfeverbände und der Inklusionsförrat in ihrer Tätigkeit insbesondere zur Befähigung junger Menschen mit Behinderung an der Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen unterstützt werden.

III. Was gibt es? / Zugang und Motivation für gesellschaftliches Engagement / Schule

Nach unserem Verständnis wird gesellschaftliche Teilhabe bereits in den Lebenswelten Kita und Schule sowie auch im Freizeitbereich über Vereinsaktivitäten o. ä. praktiziert. In den Schulen gibt es Klassensprecher/innen bzw. Schüler/innenvertretungen. Dies sind gute Beispiele für gelebtes demokratisches, kindergerechtes, gesellschaftliches Engagement. Demokratiebildung ist Teil des Lehrplans und auch im didaktischen Bereich sind Demokratiebildung und Partizipation Bestandteile der Ausbildung von Erzieher/innen und Lehrer/innen. In Fächern wie bspw. Sozialkunde, Philosophie oder aber Ethik werden Haltungen, Einstellungen, Verfahren der Konfliktaustragung sowie soziale und politische Verantwortung vermittelt. Politische Bildung spielt demnach in der Lebenswelt Schule eine aktive Rolle. Die Ausgestaltung dieser Rolle korreliert sicherlich stark mit der Motivation und Haltung der pädagogischen Fachkräfte.

Politisches Engagement spielt zwar bei der Nachwuchsgewinnung innerhalb der Parteien eine große Rolle, aber das politische Engagement in Parteien macht auch nur einen geringen Teil des gesellschaftlichen Engagements aus – auch wenn Parteien dies nur ungern hören. Viele junge Menschen engagieren sich auch außerhalb von Parteien für wesentliche Bereiche der Gemeinschaft, insbesondere in Vereinen, Jugendfeuerwehren, im freiwilligen sozialen Jahr oder auch mit parteiunabhängigen Bewegungen wie „fridays for future“. Dieses Engagement sollte auch parteiunabhängig stärker gefördert werden. Für die politische Expertise sollte auf die Landeszentrale für politische Bildung oder aber des Instituts für Politik- und Verwaltungswissenschaften der Universität Rostock zurückgegriffen werden.

Was wir damit auch zum Ausdruck bringen möchten, ist der Fakt, dass es bereits viele bewährte Strukturen in unserer Gesellschaft gibt. Die Stärkung dieser Strukturen ist vorrangig vor der Schaffung neuer Strukturen. Zweifelsohne verändert sich gegenwärtig sehr viel auf dramatische Weise, sodass neue Wege gedacht werden müssen. Doch dabei sollte der Status Quo mit dem bislang Erreichten nicht außer Acht gelassen werden. Inwiefern aktuelle Anlaufpunkte zweckmäßig und ausreichend sind, vermögen wir nicht zu beurteilen. Hierzu sollten

Evaluierungsberichte bzw. wissenschaftliche Expertise und letztlich die **Befragung der Zielgruppe** Aufschluss geben.

IV. Digitale Partizipation

Damit digitale Partizipation gelingen kann, muss der Breitbandausbau weiter voranschreiten und die entsprechend erforderliche Hardware in den Haushalten verfügbar sein. Das Geo-Portal des Landes Mecklenburg-Vorpommern informiert über den Ausbaustand im Breitbandatlas Mecklenburg-Vorpommern.

V. Sonstiges

Zur Situation der Jugendfeuerwehren berichtet der Landkreis Vorpommern-Rügen wie folgt:

„Zurzeit ist tatsächlich eine gewisse Festigung der Strukturen der Jugendfeuerwehren (JF) festzustellen. Teilweise haben sich auch neue JF gegründet, die über die vergangenen Jahre „verschwunden“ waren. Selbst die harten coronabedingten Einschnitte des sich nicht oder nur noch sehr eingeschränkten Übens und Treffens in der JF wurden gemeistert. Selbstverständlich ist es eine Gratwanderung der Gewinnung, des engagierten Führens und auch Haltens junger Menschen in den Strukturen der Jugendfeuerwehren.

Mögliche Herausforderungen können sein:

- *Hoher Konkurrenzdruck auch mit anderen Vereinen, Interessen etc. (Sportvereine, Musik etc.)*
- *Lange Schulwege im ländlichen Raum*
- *Weniger verfügbare Zeit für Engagement vor Ort in der „Heimatgemeinde“ auch aufgrund des Ganztagschulgedankens*
- *Fehlendes Verständnis bzw. Wissen für dieses wichtige ehrenamtliche Engagement in der Gesellschaft, bei den Eltern und teilweise auch bei den Kindern selbst*
- *Zu wenig Präsenz der JF/Feuerwehr in der kindlichen Früherziehung sowie der schulischen Bildung*
- *Nach wie vor kein verpflichtender bzw. wenigstens wahlobligatorischer Bestandteil im schulischen Bildungsauftrag: Wollen wir eine höhere Akzeptanz in der Gesellschaft und für mehr Gegenseitiges eintreten? – dann gehört das auch in den vorschulischen und schulischen Bereich und nicht allein in die „freiwillige“ Verantwortung der örtlichen Feuerwehren*
- *Verschobenes Anspruchsdenken in der Gesellschaft und mangelnde Bereitschaft, mitwirken zu wollen; sogenannte „Vollkaskogesellschaft“; keiner sieht die Eigenverantwortung und das Mitwirken in einer Demokratie durch jeden einzelnen*
- *Zu wenig Wissen innerhalb der Gesellschaft, wie sich das Feuerwehrwesen in Deutschland organisiert, nämlich im überwiegenden Teil in ehrenamtlichen Strukturen für eine hoheitliche Aufgabe (... wieso, da kommt doch die Feuerwehr“ und „was, es handelt sich nicht um eine Berufsfeuerwehr...?!“)*
- *Mangelhafte, übergreifende Öffentlichkeitsarbeit, und hier ganz bewusst nicht nur auf die JF beschränkt; hier sind alle Hilfsorganisationen etc. mit einzubeziehen; es gibt regional und punktuell schon sehr gute Ansätze, die jedoch ausbaufähig erscheinen; es reicht auch nicht mehr aus mit der alten Werbekampagne „Köpfe gesucht“ zu*

animieren; hier müssen moderne, an die neuen Medien angepasste Konzepte auf die Zielgruppe ausgerichtet werden; ein Perspektivwechsel scheint dabei hilfreich zu sein.“

Für Fragen und Erläuterungen stehe ich Ihnen bzw. den Mitgliedern der Enquete-Kommission in der öffentlichen Anhörung gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'M. Köpp'. The signature is written in a cursive, slightly slanted style.

Matthias Köpp
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied